

Bertelsmann Stiftung (Hrsg.)

Partizipation im kommunalen Nachhaltigkeitsmanagement

Methoden für die Praxis



Bertelsmann Stiftung (Hrsg.)

Partizipation im kommunalen Nachhaltigkeitsmanagement

Methoden für die Praxis

Autor:innen:

Rüdiger Knipp und Sandra Lindner, Deutsches Institut für Urbanistik gGmbH

Oliver Haubner, Bertelsmann Stiftung

unter Mitarbeit von Valeska Liedloff, Chantal Schöpp und Emmily Wiedenhöft

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet unter <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

Alle Internetlinks: Stand Juni 2020

© 2020 Verlag Bertelsmann Stiftung, Gütersloh

Verantwortlich: Oliver Haubner

Lektorat: Heike Herrberg

Herstellung: Christiane Raffel

Umschlaggestaltung: Elisabeth Menke

Umschlagabbildung: © Getty Images / iStockphoto / jeffbergen

Satz: Kerstin Schröder, Büro für Grafische Gestaltung, Bielefeld

Druck: Hans Gieselmann Druck und Medienhaus GmbH & Co. KG, Bielefeld

ISBN 978-3-86793-743-6 (Print)

ISBN 978-3-86793-924-9 (E-Book PDF)

ISBN 978-3-86793-925-6 (E-Book EPUB)

www.bertelsmann-stiftung.de/verlag

Inhalt

Vorwort	7
I. Anders leben: Nachhaltigkeitsmanagement in Kommunen.....	9
1. Leitfragen	9
2. Von den »Grenzen des Wachstums« zu den nachhaltigen Entwicklungszielen	9
3. Vom Plan zum Prozess: Nachhaltigkeitsmanagement in der kommunalen Praxis	16
3.1 Phasen des kommunalen Nachhaltigkeitsmanagements	17
3.2 Instrumente des Nachhaltigkeitsmanagements	19
4. Merkzettel	21
II. Neue Herausforderungen, neue Wege: Plädoyer für mehr Partizipation in kommunalen Planungs- und Entscheidungsprozessen	22
1. Leitfragen	22
2. Grundsätze der Bürgerbeteiligung	22
3. Auf den Kontext kommt es an – Vorschläge zur Auswahl von Beteiligungsverfahren	23
4. Von der Beteiligung zur Partizipation	25
5. Merkzettel	26
III. Partizipation im kommunalen Nachhaltigkeitsmanagement	27
1. Leitfragen	27
2. Rahmenbedingungen erfolgreicher Partizipation	27
3. Ohne geht's nicht: (Mit-)Gestaltung von Nachhaltigkeitsprozessen	29
3.1 Akteursportfolio in Partizipationsverfahren	31
3.2 Die Chancen der Digitalisierung nutzen	32
4. Merkzettel	35

IV. Partizipationsmethoden und Praxisbeispiele	36
1. Leitfragen	36
2. Methoden und Beispiele	37
3. Merzettel	74
V. Partizipation gelingt nur gemeinsam	75
Literatur	77
Die Autor:innen	83
Abstract	84

Vorwort

Die Publikation, die Sie gerade in den Händen halten, ist eine Handreichung – und das im wahrsten Sinne des Wortes. Sie unterscheidet sich von einem Handbuch vor allem durch ihre Zielrichtung. Sie ist so praxisorientiert aufgebaut und formuliert, dass sie für Nachhaltigkeitsmanager:innen zu einer ständigen Begleiterin beim partizipativen Aufbau des kommunalen Nachhaltigkeitsmanagements werden kann. Aber auch alle anderen Interessierten, die bereit sind, in ihren Städten, Kreisen und Gemeinden eine aktive Rolle im Nachhaltigkeitsmanagement zu übernehmen, sind eingeladen, sich hier über Partizipationsmöglichkeiten, Methoden und Praxisbeispiele zu informieren.

Es geht uns, den Autor:innen des Deutschen Instituts für Urbanistik (Difu) und der Bertelsmann Stiftung, nicht darum, ein umfangreiches Werk mit zahlreichen, alle thematischen Aspekte und Entwicklungsstufen des Themas berücksichtigenden Definitionen und Modellen zu erstellen. Deren inhaltliche Dichte erscheint uns nur bedingt geeignet, um Interessierte zu begeistern, Zaghafte zu motivieren und Skeptiker:innen zu überzeugen. Wir gehen stattdessen davon aus, dass kommunale Nachhaltigkeitsmanager:innen über profundes Wissen verfügen und bereit sind, sich bei Bedarf zusätzliche Kenntnisse anzueignen. Wir setzen voraus, dass Sie, die Leserinnen und Leser dieser Handreichung, aufgeschlossen sind für Hinweise zur Beteiligung beim Aufbau des kommunalen Nachhaltigkeitsmanagements.

Denn genau darum geht es: Wie können alle relevanten Akteur:innen für die Mitwirkung an einer nachhaltigen Kommunalentwicklung gewonnen werden? Wie kann der Umsetzungsprozess gestaltet werden, damit sich bei diesem wichtigen Thema jede und jeder gemäß Rolle und Funktion mit Ideen, Neigungen, Fähigkeiten, aber auch mit Wünschen und Befürchtungen einbringen kann?

Damit das gelingt, haben wir im ersten Kapitel unter dem Titel »Anders leben: Nachhaltigkeitsmanagement in Kommunen« Informationen über die Entwicklung des Nachhaltigkeitsgedankens zusammengestellt. Um zu gewährleisten, dass die Leser:innen ein für die weitere Mitwirkung hilfreiches Verständnis zentraler Begriffe entwickeln und anderen Prozessbeteiligten vermitteln können, kommen aber auch

wir dabei nicht ohne Begriffsklärungen und Erläuterungen aus. Wir konzentrieren uns jedoch auf jene Angaben, die unseres Erachtens für die Formulierung überzeugender, aber nicht überladener Argumente ausreichend sind.

Diese Intention verfolgen wir auch im zweiten Kapitel, das wir überschrieben haben mit »Neue Herausforderungen, neue Wege: Plädoyer für mehr Partizipation in kommunalen Planungs- und Entscheidungsprozessen«. Hier skizzieren wir, warum Beteiligung nicht zwangsläufig mit Partizipation gleichzusetzen ist und warum uns der Partizipationsbegriff in unserem Kontext geeigneter erscheint als der (auch für die Steuerung kommunaler Unternehmen verwendete) Beteiligungsbegriff. Wir hoffen, dass dadurch auch jene Akteur:innen zur Mitwirkung motiviert werden können, die aufgrund des von ihnen vermuteten Partizipationsaufwands solchen Verfahren eher zurückhaltend bis ablehnend gegenüberstehen.

Im dritten Kapitel wird der Titel der Publikation aufgegriffen und unter »Partizipation im kommunalen Nachhaltigkeitsmanagement« dargelegt, warum es so wichtig ist, sich bei der Implementierung nachhaltiger Entwicklungskonzepte vor Ort zu engagieren. Damit werden Argumentationshilfen vor allem für jene Diskussionen gegeben, in denen zwar grundsätzliche Aufgeschlossenheit hinsichtlich der Themen Nachhaltigkeit und Partizipation existiert, jedoch auch Skepsis zu erkennen ist, wenn es um den Sinn oder die Chancen der Mitwirkung im kommunalen Nachhaltigkeitsmanagement geht.

Hauptbestandteil dieser Handreichung ist das vierte Kapitel: »Partizipationsmethoden und Praxisbeispiele«. Dort stellen wir Ihnen 18 Methoden vor, mit denen Sie Partizipation umsetzen und Akteur:innen zusammenbringen können. Jede Methode wird durch ein Anwendungsbeispiel ergänzt. Wir verstehen diese Sammlung als Inspiration und Ausgangspunkt zur Ideenfindung innerhalb von Partizipationsvorhaben.

Jedem Kapitel haben wir Leitfragen vorangestellt. Mit ihnen soll der Blick auf ausgewählte Inhalte der sich anschließenden Ausführungen gelenkt und das Interesse der Leser:innen daran verstärkt werden. Die Kapitel beschließen wir jeweils mit einem knapp gehaltenen »Merktzettel«, in dem einige zentrale Erkenntnisse in Erinnerung gerufen und Impulse für die Umsetzung des Nachhaltigkeitsmanagements in Kommunen gegeben werden.

I. Anders leben: Nachhaltigkeitsmanagement in Kommunen

1. Leitfragen

Was wir heute unter Nachhaltigkeit verstehen, ist das Ergebnis eines fast fünfzigjährigen Diskussions- und Entwicklungsprozesses. Ein Rückblick auf wesentliche Ergebnisse und Konsequenzen aus dieser Zeit erscheint uns daher zum Einstieg in das Thema sinnvoll. Wir beantworten in diesem Kapitel u. a. folgende Fragen:

- Worin bestand der Paradigmenwechsel in der Wirtschaftspolitik, der maßgeblich durch die ersten Veröffentlichungen des Club of Rome ausgelöst wurde?
- Warum ist das Ergebnis der Brundtland-Kommission aus dem Jahr 1987 so wichtig für die weltweite Nachhaltigkeitsdebatte?
- Wie können die Kommunen ihrer Verantwortung bei der Umsetzung der Agenda 2030 gerecht werden?

2. Von den »Grenzen des Wachstums« zu den nachhaltigen Entwicklungszielen

Es schien nicht so recht ins Bild zu passen, als die Mitglieder des Club of Rome in einer Zeit hoher Wachstumsraten 1972 ihre Studie »Die Grenzen des Wachstums« veröffentlichten. Sie mahnten darin, dass die Wachstumsgrenzen im Laufe der nächsten hundert Jahre erreicht werden könnten, wenn Weltbevölkerung, Industrialisierung, Umweltverschmutzung und Nahrungsmittelproduktion weiter zunähmen und die Ausbeutung der Rohstoffe unvermindert anhalten würde – diese Entwicklung sei nur durch eine freiwillige Begrenzung des industriellen Wachstums und eine Umorientierung zu einem qualitativen Wachstum mit mehr Lebensqualität aufzuhalten. Zu groß war zu jener Zeit jedoch bei Politiker:innen, Ökonom:innen und in der Bevölkerung die Erleichterung, dass es nach dem Zweiten anders als nach dem Ersten Weltkrieg nicht zu der befürchteten wirtschaftlichen Depression gekommen war. Stattdessen hatte ein in seinem Ausmaß eher unerwarteter Nachkriegsboom

ein lang anhaltendes Wirtschaftswachstum ausgelöst. Allen aufkommenden Zweifeln an der Tauglichkeit des Bruttoinlandsprodukts als Wohlstandsindikator zum Trotz galten hohe Wachstumsraten bis dahin als erstrebenswerter Beleg erfolgreicher Wirtschaftspolitik.

Doch die Autorentams um Dennis und Donella Meadows und die ein Jahr später von Mihailo Mesarovic und Eduard Pestel unter dem Titel »Menschheit am Wendepunkt« veröffentlichte zweite Studie des Club of Rome beschränkten sich nicht auf das Aufzeigen computergestützter Szenarien von Wachstumsgrenzen. Sie forderten einen Paradigmenwechsel im Verhältnis von Mensch und Umwelt und den Übergang von einem wirtschaftlichen Wachstum zu einem dynamischen Gleichgewicht zwischen Ökonomie und Ökologie, das nachhaltiges Wirtschaften mit natürlichen Ressourcen in die Betrachtung von Wirtschaftswachstumsprozessen integriert.

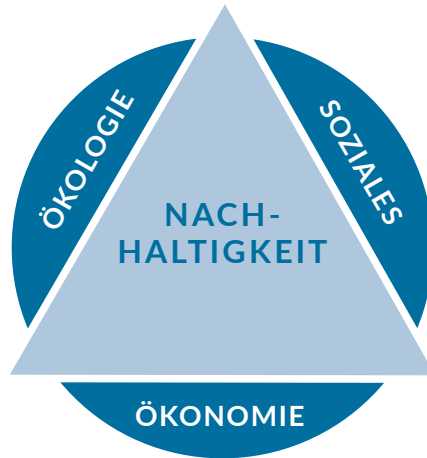
Trotz anfänglicher Kritik, die sich vor allem auf die für unzureichend erachteten Berechnungsmodelle und die nicht hinreichende Berücksichtigung des für die Verteilung von Ressourcen relevanten Machtfaktors bezog, fand diese Neuausrichtung nach und nach immer größere Zustimmung. Daher gelten vor allem die »Grenzen des Wachstums« als wichtiger Impuls für die Gründung einer modernen Ökologiebewegung. Dies wurde in Deutschland in der Folgezeit beispielsweise erkennbar an der Gründung des Umweltbundesamtes, der Einrichtung von Landesministerien, die sich mit Umweltfragen beschäftigten, und insbesondere an der maßgeblich aus der Anti-Atomkraft- und Umweltbewegung, der Friedensbewegung und neuen sozialen Bewegungen entstandenen Partei Die Grünen.

Auch die Einberufung erster internationaler Umwelt- und Klimakonferenzen, vor allem die 1972 in Stockholm durchgeführte erste Umweltkonferenz der Vereinten Nationen, verdeutlichte die stärker werdende Relevanz ökologischer Fragestellungen für Politik und Gesellschaft. Die Konferenzteilnehmer:innen verbanden Umweltfragen mit den gesellschaftlichen Entwicklungen in Industrie- und Entwicklungsländern und machten weltweit auf diesen Zusammenhang aufmerksam.

Entscheidende Impulse für die stärkere Berücksichtigung nachhaltigen Denkens gingen auch von der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung der Vereinten Nationen aus. Unter Vorsitz der damaligen norwegischen Ministerpräsidentin Gro Harlem Brundtland sollte die nach ihr benannte Kommission 1987 Perspektiven einer langfristig angelegten umweltverträglichen globalen Entwicklung erarbeiten. Im Abschlussbericht der Kommission werden drei globale Problembereiche genannt und die Begriffe »Nachhaltigkeit« und »nachhaltige Entwicklung« präzisiert. Als Problembereiche wurden der Raubbau an den natürlichen Lebensgrundlagen, die wachsende Ungleichheit und Armut sowie die Bedrohung von Frieden und Sicherheit identifiziert. Eine nachhaltige Entwicklung müsse daher den Bedürfnissen der heutigen Generation entsprechen, »ohne die Möglichkeiten künftiger Generationen zu gefährden, ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen und ihren Lebensstil zu wählen« (Grabow 2013: 204). Damit hat die Kommission eine bis heute gültige und oft verwendete Definition des Nachhaltigkeitsbegriffs geliefert, auf die auch wir uns in dieser Handreichung beziehen. Im sogenannten Nachhaltigkeitsdreieck

(Abbildung 1) wurde diese Sichtweise durch die Hinzufügung dreier Nachhaltigkeitsdimensionen inhaltlich konkretisiert.

Abbildung 1: Nachhaltigkeitsdreieck

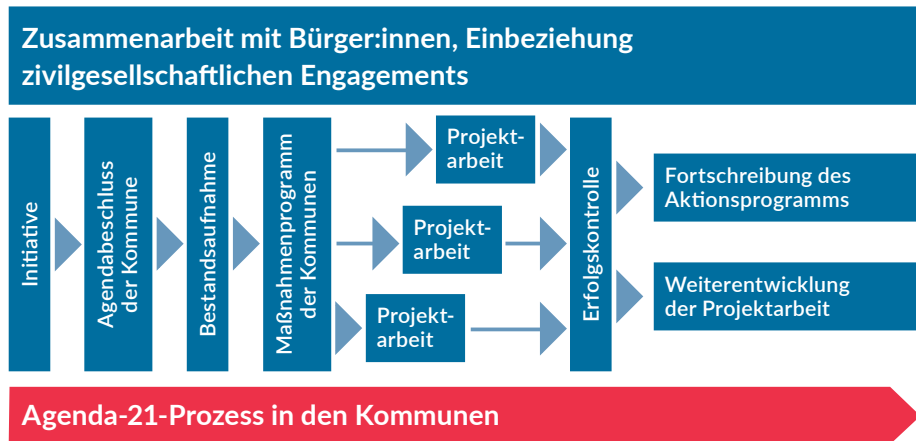


Quelle: eigene Darstellung

Ökologische Nachhaltigkeit gilt demnach als erreicht, wenn natürliche Lebensgrundlagen nur in dem Maße beansprucht werden, wie sie sich regenerieren können. Ökonomische Nachhaltigkeit ist gegeben, wenn wirtschaftlicher Ertrag nur bei Erhalt der dafür notwendigen Ressourcen und der Leistungsfähigkeit sichergestellt wird. Die dritte Dimension ist eine Gesellschaftsform, in der soziale Spannungen begrenzt bleiben und Konflikte friedlich gelöst werden (soziale Nachhaltigkeit).

Auf die Veröffentlichung des Brundtland-Berichts folgte als nächster Meilenstein der Nachhaltigkeitsdebatte im Jahr 1992 die Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro (Rio-Konferenz). In der Absicht, auf den 1972 in Stockholm bei der ersten Umweltkonferenz der Vereinten Nationen getroffenen Vereinbarungen aufzubauen, wurde das Konzept der Nachhaltigkeit als internationales Leitbild anerkannt. In der Abschlusserklärung der Konferenz forderten die Teilnehmer:innen die Einbindung des Umweltschutzes in alle Politikbereiche, die Beteiligung der Öffentlichkeit und eine wirksame Umweltschutzgesetzgebung. Mit der Agenda 21 wurde zudem ein wichtiges und handlungsleitendes Aktionsprogramm ins Leben gerufen, das sich nicht nur an die Regierungen von Nationalstaaten richtete, sondern auch an Bürger:innen und an Gebietskörperschaften. Den Kommunen als der unmittelbar wirkenden Handlungsebene wurde darin eine Schlüsselrolle für die Verwirklichung von Nachhaltigkeit zugeschrieben.

Abbildung 2: Agenda 21



Quelle: eigene Darstellung

Die 1997 in New York durchgeführte UN-Sondergeneralversammlung »Rio+5« endete mit kleineren, einzelne Sektoren betreffenden Verhandlungsergebnissen. Unter den Teilnehmer:innen des Weltgipfels für nachhaltige Entwicklung konnte zwischen dem 26. August und 4. September 2002 in Johannesburg aber Verständigung darüber erzielt werden, dass der Weg zur Umsetzung des Leitbildes einer nachhaltigen Entwicklung künftig durch neue Prioritäten, Zielmarken und Umsetzungsprogramme flankiert werden müsse. Daher wurden erstmals quantifizierbare Ziele wie die Reduzierung des Rückgangs der Biodiversität und der Artenvielfalt oder die Reduzierung der Armut in den Aktionsplan aufgenommen.

Bereits im April 2002 hatte Deutschland die erste Fassung seiner nationalen Nachhaltigkeitsstrategie »Perspektiven für Deutschland« beschlossen. Darin wurden vier Handlungsfelder genannt, die Deutschland auf seinem Weg zu einer nachhaltigen Entwicklung zunächst verstärkt in den Blick nehmen wollte: Energie und Klimaschutz, Verkehr, Landwirtschaft und globale Verantwortung. Zusätzlich wurden Instrumente und Projekte zur Umsetzung genannt und es wurde festgelegt, die Entwicklung in regelmäßigen Fortschrittsberichten zu dokumentieren.

Die Teilnehmer:innen der 2012 abermals in Rio de Janeiro durchgeführten Konferenz der Vereinten Nationen über nachhaltige Entwicklung »Rio+20« diskutierten neben anhaltenden Problemen bei der Umsetzung bereits beschlossener Ziele und institutionellen Rahmenbedingungen einer nachhaltigen Entwicklung auch das Modell der Green Economy. Ziele dieser umfassenden ökologischen Modernisierung der Wirtschaft sind die Steigerung der gesellschaftlichen Wohlfahrt, die Bekämpfung der Armut, die Herstellung sozialer Gerechtigkeit und somit letztlich auch ein umweltverträgliches, nachhaltiges Wirtschaftswachstum. Beschlossen wurde ebenfalls die Formulierung nachhaltiger Entwicklungsziele (Sustainable Development Goals, kurz SDGs), zu denen man sich bereits auf Grundsätze einigen konnte, aus denen

dann im Erarbeitungsprozess thematische Prioritäten hervorbringen. Die Abschlusserklärung dieser Konferenz enthielt allerdings noch keine verbindlichen Abmachungen für die Umsetzung der vereinbarten Ziele.

Beim 2015 in New York durchgeführten Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung wurde die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung beschlossen. Dadurch wurden zwei bislang parallele internationale Abkommen in einem Dokument zusammengeführt: die Gestaltung der Nachhaltigkeit (Rio-Prozess 1992) und die Gestaltung der Millenniumsentwicklungsziele (MDG/Millenniumsgipfel New York 2000).

Abbildung 3: 17 nachhaltige Entwicklungsziele (SDGs)



Quelle: <https://17ziele.de/>

Kernstück der Agenda 2030 sind 17 nachhaltige Entwicklungsziele (SDGs), durch die neben sozialen auch ökonomische und ökologische Aspekte in die Entwicklungsagenda aufgenommen wurden. Die für alle Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländer Handlungs- und Veränderungsbedarf aufzeigenden 17 SDGs wurden mit insgesamt 169 Zielvorgaben unterlegt. 107 davon beziehen sich auf Inhalte, 62 auf Umsetzungsmaßnahmen. Damit die Umsetzung schneller zu konkreten Ergebnissen führen kann, wurde den Kommunen und Regionen eine besondere Rolle zuteil, indem ihnen die Verantwortung übertragen wurde, anhand der SDGs lokale Nachhaltigkeitsstrategien zu entwickeln.

SDG-Indikatoren für Kommunen

Die Bertelsmann Stiftung, das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung, der Deutsche Städtetag, der Deutsche Landkreistag, der Deutsche Städte- und Gemeindebund, das Deutsche Institut für Urbanistik, Engagement Global sowie der Rat der Gemeinden und Regionen Europas (Deutsche Sektion) haben einen Katalog an Indikatoren zur Abbildung der Sustainable Development Goals (SDGs) der Vereinten Nationen auf kommunaler Ebene in Deutschland entwickelt und empfohlen.

Eine konkrete Arbeitshilfe für Kommunen bietet das SDG-Portal: www.sdg-portal.de.

Weitere Indikatorensets liegen beispielsweise von der Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft e.V. (FEST), dem Nachhaltigkeitsbüro der Landesanstalt für Umwelt Baden-Württemberg (LUBW), von NRW Kommunal, der Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 (LAG 21) NRW sowie dem Reference Framework for Sustainable Cities vor.

Fast fünfzig Jahre sind seit dem Erscheinen der Studie »Grenzen des Wachstums« vergangen. Die darin formulierte Mahnung, mit natürlichen Ressourcen nachhaltig zu wirtschaften und ein dynamisches Gleichgewicht zwischen Ökonomie und Ökologie anzustreben, hat dazu geführt, dass Umweltfragen heute ein stärkeres Gewicht haben als jemals zuvor.

Auffällig ist, dass in den 1970er-Jahren zunächst die Sorge um die Kontinuität des Wirtschaftswachstums den Blick auf die Notwendigkeit eines schonenderen Umgangs mit den natürlichen Ressourcen lenkte. Erst nach und nach gewann der Umweltschutz als eigenständige Disziplin mehr Beachtung. Es ging nicht mehr allein um die Sicherung des Wirtschaftswachstums, sondern um die Schaffung eines Gleichgewichts zwischen Ökologie und Ökonomie. Die nächste Stufe nachhaltigen Wirtschaftens schien erreicht, als nicht nur die Frage thematisiert wurde, wie nachfolgenden Generationen ein Leben in wirtschaftlichem Wohlstand gesichert, sondern wie ihnen dabei auch ein funktionierendes Ökosystem hinterlassen werden kann.

Diese Ausführungen zeigen, dass es zwar nur geringe Erkenntnis- und Akzeptanzprobleme gibt, jedoch erhebliche Umsetzungsdefizite, deren Ursache nicht allein in mangelnder finanzieller Leistungsfähigkeit liegt, sondern auch in Interessenkonflikten und ungleich verteilter ökonomischer Macht. Daher ist es eine der wichtigsten Aufgaben der Nachhaltigkeitsverantwortlichen in Kommunen, über konkrete Nachhaltigkeitsprojekte vor Ort zu einem dynamischen Gleichgewicht zwischen Ökonomie und Ökologie beizutragen.

Die Autor:innen

Oliver Haubner ist Senior Project Manager in der Bertelsmann Stiftung (Gütersloh) und betreut dort das Projekt »Agenda 2030 – Nachhaltige Entwicklung vor Ort«. Er ist Autor zahlreicher Fachbeiträge zur nachhaltigen Entwicklung in Kommunen.

Rüdiger Knipp ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Forschungsbereich Infrastruktur, Wirtschaft und Finanzen des Deutschen Instituts für Urbanistik. Neben der Konzipierung und Leitung von Seminaren für Fach- und Führungskräfte und politische Entscheidungsträger aus deutschen Kommunalverwaltungen wirkt er als Mitarbeiter in Forschungsprojekten mit. Zu seinen inhaltlichen Tätigkeitsschwerpunkten gehören vor allem aktuelle verwaltungs- und finanzwirtschaftliche Themen wie die wirkungsorientierte Steuerung der Verwaltung und die partizipative Haushaltspolitik.

Sandra Lindner ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im Forschungsbereich Mobilität des Deutschen Instituts für Urbanistik. Neben der Konzipierung und Leitung von Seminaren, Webinaren und Online-Veranstaltungen für Fach- und Führungskräfte aus deutschen Kommunalverwaltungen ist sie in Forschungsprojekten tätig und für Wissenstransfer zuständig. Ihre inhaltlichen Schwerpunkte sind Themen der nachhaltigen Mobilität und Verkehrsraumgestaltung sowie partizipative Prozesse innerhalb der multimodalen Stadt- und Verkehrsplanung.



Bertelsmann Stiftung (Hrsg.)
**Instrumente für kommunales
Nachhaltigkeitsmanagement**
Eine Einführung
2020, 88 Seiten, Broschur
€ 16,- (D)
ISBN 978-3-86793-921-8
E-Book ca. € 9,99 (PDF, EPUB)

Immer mehr Städte, Kreise und Gemeinden in Deutschland beschäftigen sich mit der Agenda 2030 der Vereinten Nationen. Gerade Kommunen kommt hier eine besondere Bedeutung zu, denn hier werden einerseits Nachhaltigkeitsprobleme wie durch ein Brennglas sichtbar, andererseits lassen sich vor Ort nachhaltige Lösungsansätze zielgerichteter verwirklichen. Dennoch ist nicht jede Kommune aktiv dabei, die Globalen Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen (Sustainable Development Goals, SDGs) anzuwenden. Für die Kommunen, die sich erstmals auf den Weg machen, bietet die Publikation „Instrumente für kommunales Nachhaltigkeitsmanagement“ einen Überblick über praxiserprobte Instrumente wie Nachhaltigkeitsbericht, -strategie, -haushalt oder -prüfung und eröffnet damit einen qualifizierten Einstieg in die Arbeit. Das Buch hilft Kommunen dabei, ihre Verantwortung für eine nachhaltige Entwicklung orientiert und inhaltlich vorbereitet zu übernehmen. Mit dieser Einführung, die Expert:innen aus dem Nachhaltigkeitsmanagement erstellt haben, können Vertreter:innen aus Verwaltung und Politik mit der Umsetzung erster Maßnahmen für nachhaltige Entwicklung beginnen.